Programm der Juso-Hochschulgruppe

Für eine demokratische, transparente und soziale Hochschule 2012

facebook.com/JusoHSG.goe
twitter.com/JusoHSG_goe

www.linke-kraft.de

JUSO
HOCHSCHULGRUPPE
GÖTTINGEN

Programm der Juso-Hochschulgruppe

Für eine demokratische, transparente und soziale Hochschule 2012

Unsere Forderungen im Überblick:

I. Für einen demokratischen, transparenten und politisch aktiven AStA 4

II. Bachelor verbessern – Master für alle! 4

III. Höhere Löhne und mehr Mitbestimmung - für faire Arbeitsbedingungen! 6

IV. Diskriminierung bekämpfen - Gleichstellung Aller leben! 7

V. Ehrenamt stärken - Engagement ermöglichen! 8

VI. Rechten Ideologien gemeinsam und entschlossen entgegentreten! 8

VII. Abschaffung aller Bildungsgebühren - für eine sozial gerechte Hochschulbildung! 9

VIII. Ein Studentenwerk für alle – für ein soziales und kulturelles Miteinander! 10

IX. Für eine bessere und gezieltere Beratung – Angebote ausbauen! 11

X. Demokratie an der Hochschule stärken! 11

XI. Stipendienprogramm beenden – BAföG erhöhen! 12

XII. Gegen Wettbewerb und Kommerzialisierung von Bildung – für eine selbstbestimmte Bildung! 12

XIII. Abwechslungsreiche Kulturangebote am Campus und in der Stadt weiterhin fördern! 12

XIV. Umwelt schützen – Nachhaltige Ressourcenpolitik umsetzen! 13

XV. Für eine verantwortungsvolle Hochschulfinanzierung! 13

XVI. Daten schützen – Privatsphäre wahren! 14

XVII. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – auch auf Bundesebene! 14

Vorwort – Eine solide Hochschulpolitik braucht eine starke Stimme

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen setzt sich auch in diesem Jahr mit ihrem Wahlprogramm für die kommende Legislaturperiode 2012/13 für eine demokratische, transparente und soziale Hochschule ein. Im vergangenen Jahr hat der AStA mit Beteiligung der Juso-Hochschulgruppe viel erreicht. Die Mitbestimmung der Studierenden an der Universität Göttingen ist in diesem Jahr stärker wahrgenommen worden, doch muss sie noch weiter ausgebaut werden. Mehr demokratische Mitsprache der Studierenden und die paritätische Mitbestimmung aller Statusgruppen sind vor allem bei Themen wie Studiengebührenverwendung mehr als angebracht. Dafür werden wir uns im kommenden Jahr einsetzen. Außerdem muss weiterhin eine größere Transparenz geschaffen werden und Entscheidungsprozesse für alle nachvollziehbar gestaltet werden.

Der seit einer Legislatur bestehende linke AStA hat viele positive Veränderungen herbeigeführt. Hierbei hatte die Juso-Hochschulgruppe große Anteile und hat sich zusammen mit den anderen Koalitionsgruppen für eine breitere Partizipation der Studierendenschaft eingesetzt. Dadurch haben die Studierenden eine gewichtige Stimme in bestimmten Entscheidungsprozessen zurückerhalten.
Die Juso-Hochschulgruppe steht mit diesem Programm auch weiterhin für linke Politik in Gesellschaft und Hochschule.

In der Hochschulpolitik bleiben wir unseren Idealen treu: Für soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Demokratie. Wir kämpfen für eine Politik nah am Menschen. Mit unserer pragmatischen Arbeit in den verschiedensten Gremien innerhalb und außerhalb der Universität Göttingen stehen wir für diese Ideale ein und lassen dabei niemals die Interessen der Studierendenschaft außer Acht.

So wirkte und wirkt die Juso-Hochschulgruppe auch weiterhin für die Interessen und Rechte der Studierendenschaft im Studierendenparlament, im Senat, in Fakultätsräten und Fachschaften mit. Hierbei müssen wir uns immer wieder gegen reaktionäre Kräfte behaupten, um für euch wichtige Entscheidungen durchzusetzen.

Die bundesweite Vernetzung der Juso-Hochschulgruppen an über 80 Hochschulstandorten ermöglicht uns den Austausch und die gegenseitige Unterstützung. Dies geschieht vor allem über unsere zwei Mitglieder im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen. Als größter Studierendenverband können wir somit Einfluss auf politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene ausüben. Gleichzeitig versuchen wir, auf die Politik der Bundes- und Landes-SPD Einfluss zu nehmen. Dieses Ziel wurde auch in der Mitarbeit in der LandesAstenKonferenz verfolgt und ist von unserer Vertreterin in diesem Gremium aktiv unterstützt worden.

Ein Programm ist natürlich immer nur so gut, wie die Menschen die es vertreten. Unsere knapp achtzig Kandidierenden werden dafür ihr Bestes geben. Aber auch dich möchten wir herzlich einladen, Hochschulpolitik aktiv in Göttingen mitzugestalten. Auch deine Mitarbeit wird gebraucht, um eine demokratische, transparente und soziale Hochschulgemeinschaft zu erreichen!

Die Reihenfolge unserer Forderungen im Programm spiegelt nicht in Gänze unsere Prioritätensetzung wieder; wir wollen alle Themen gleichwertig und als gleich wichtig behandeln und uns für die Umsetzung der Forderungen einsetzen. Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen und zählen auf eure Stimme!

Forderungen der Juso-Hochschulgruppe an der Uni Göttingen

I. Für einen demokratischen, transparenten und politisch aktiven AStA

Der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) ist das höchste Exekutiv-Organ der Verfassten Studierendenschaft. Nach dem Niedersächsischen Hochschulgesetz (NHG) hat die Studierendenschaft und somit auch der AStA insbesondere die hochschulpolitischen, sozialen und kulturellen Belange der Studierenden in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen. Sie hat die Aufgabe, die politische Bildung der Studierenden und die Verwirklichung der Aufgaben der Hochschule zu fördern. In diesem Sinne nimmt sie „für ihre Mitglieder ein politisches Mandat wahr" (§20(1) NHG).

Hochschulpolitik spielt allerdings erst seit diesem Jahr mit einem linken AStA wieder eine gebührende Rolle. Das kritische Hinterfragen von Entscheidungsprozessen an der Uni gehört dabei zu einem wichtigen Aspekt, um tatsächliche Verbesserungen der Studiensituation zu erwirken Dem Engagement der Juso-Hochschulgruppe ist es maßgeblich zu verdanken, dass bereits an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät eine bessere Studierbarkeit erwirkt wurde, indem auf die Änderung von Prüfungsordnungen hingewirkt wurde.
Der AStA setzte sich in den vergangenen Monaten maßgeblich dafür ein, auf Studierende zuzugehen und mit ihnen zusammen für ein besseres Studium inklusive gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Aspekten einzustehen.
In diesem Rahmen fanden unzählige Kulturveranstaltungen vielfältiger Natur und Geschmacksrichtungen und ein breites Spektrum an Veranstaltungen statt. Auch wurde für einen transparenten Haushalt gesorgt, sich für die Fachschaften eingesetzt und diese gestärkt.

Ein AStA unter Mitsprache der Juso-Hochschulgruppe arbeitet transparent, sozial und vor allem politisch. Mit Filmabenden, Podiumsdiskussionen, Vorträgen sowie einer Exkursion setzten die Jusos im AStA vor allem im Referat für Demokratie, politische Bildung und kritische Wissenschaften auf breitgefächerte und alternative Veranstaltungsformen, die viele interessierte Menschen ansprachen. Auch einer stringenten und transparenten Haushaltsführung haben wir uns gewidmet und diese maßgeblich mit unterstützt. Ein wichtiger Aspekt ist auch die Mitbestimmung aller Studierenden, die durch die Urabstimmung sowohl über das Bahn-Semesterticket als auch über ein neu erarbeitetes Kultur-Semesterticket im Januar stattfinden wird. Wir wollen weiterhin abwechslungsreiche und inhaltlich wertvolle Kulturarbeit auf dem gesamten Uni-Gelände mit etablieren. Auch der Service des AStA liegt uns sehr am Herzen, um Studierenden an allen Unistandorten ein Beratungsangebot vor allem im sozialen Bereich von Studierenden für Studierende zu gewährleisten.

II. Bachelor verbessern – Master für alle!

Seit der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen bestehen nach wie vor Umstellungsprobleme. An vielen Fakultäten hat sich in den letzten Jahr zu wenig getan und die bestehende Situation ist nach wie vor durch Leistungsdruck, unsinnig viele kleinteilige Prüfungen und starre Studienverläufe gekennzeichnet. Diese Probleme konstruktiv zu lösen, ist seit Jahren ein Anliegen der Juso-HSG und es konnten erste Erfolge für die Studierenden realisiert werden. So entstand im letzten

Jahr, unter maßgeblicher Mitarbeit der Juso-HSG, ein Katalog für hochschuleigene Standards in Zusammenarbeit zwischen der Stabstelle Lehrentwicklung und Lehrqualität (SLL) und der zentralen Kommission für Lehre und Studium (zKLS). Hier konnte die Juso-HSG viele ihrer Forderungen umsetzten, um für das kommende Jahr auch über die Sozialwissenschaftliche Fakultät hinaus an einer Verbesserung der Studiensituation der BA- und MA- Studierenden zu arbeiten. An der Sozialwissenschaftlichen Fakultät hat die Juso-HSG sich mit vielen ihrer Forderungen durchgesetzt, daraus resultierend sind alle Studiengänge überarbeitet und zum Wintersemester 2010/11 eingeführt worden. Diese enthalten nun folgende Punkte:

Prüfungsleistungen:

- Eine Prüfungsleistung pro Modul
- Flexibilisierung der Prüfungsleistung (die Studierenden wählen ihre Prüfungsform selbst bei einer „Oder"-Formulierung in der Modulbeschreibung)

Streich-Credits:

- Die Studierenden können sich in ihrem Abschlusszeugnis in den unterschiedlichen Studienbereichen (Fachstudium, Schlüsselkompetenzen, Optionalbereich, etc.)bei bis zu einem Drittel der erbrachten Creditsdie Note streichen lassen, was Einfluss auf die Endnote hat.

Wahlmöglichkeiten:

- Studiengänge dürfen nicht mehr allein aus Pflichtmodulen bestehen, sie müssen Wahlmöglichkeiten bieten.

Master für alle:

- Hier konnte eine Aufweichung der starren Zulassungsnote (2,5) erzielt werden. Das ist nach wie vor zu wenig, aber allemal eine Verbesserung. Es können unterschiedliche studienrelevante Leistungen auf die Zulassungsnote beim MA angerechnet werden. Es kann durch vier Kriterien die Note um 0,5 verbessert werden. Gültig ist dieses für alle MA Bewerbungsverfahren an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät, unabhängig von der BA-Note.

Dieses hat die Juso-HSG bereits umgesetzt und wird für eine Umsetzung an allen Fakultäten streiten!

Jedoch sind im Moment uniweit Tendenzen erkennbar, die wichtige erkämpfte Verbesserungen wieder revidieren wollen. Diesen vermehrten Bestrebungen werden wir uns entschieden entgegen stellen.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert eine deutliche Verbesserung der Studierbarkeit der neuen Abschlüsse. Besonders im Hinblick auf Zweifächerkombinationen darf der Verlauf des Studiums nicht durch Überschneidungen von Pflichtveranstaltungen beeinträchtigt werden. Des Weiteren ist es erforderlich, dass der Bachelor zu einem wirklich vollwertig anerkannten Abschluss entwickelt wird. Hierfür fordern wir eine Flexibilisierung der Regelstudienzeit sowie eine inhaltliche Neuausgestaltung der B.A.-/B.Sc.-Studiengänge im Sinne der auslaufenden Abschlüsse Diplom und Magister.

Selbstverständlich muss es unterdessen allen Studierenden der Studiengänge auf Staatsexamen, Diplom und Magister ermöglicht werden, ihr Studium auch unter den ursprünglichen Voraussetzungen zum

Zeitpunkt des Studienbeginns zu beenden.

Der Mobilitätsgrad ist in den modularisierten Systemen sehr gering und viele Studiengänge sind im Bachelorsystem nicht berufsqualifizierend. Daher müssen Praktika und Auslandssemester besser in das Studium integriert werden. Ein Studienort- oder Studiengangwechsel muss ohne Komplikationen ermöglicht werden. Aus diesem Grund muss eine Vereinheitlichung und Standardisierung der Studiengänge und Modulleistungen forciert werden.

Eine abgeschlossene Berufsausbildung wird zurzeit nur wie ein sechswöchiges außerschulisches Praktikum angerechnet. Eine Akzeptanz von erworbenen Schlüsselkompetenzen während der Ausbildung für den Bachelor findet nicht statt.
Während einer Ausbildung erworbene Schlüsselkompetenzen sollen im Flexnow für den Bachelor angerechnet werden und die erbrachten Leistungen sind nicht erst im Nachhinein durch die Erstellung eines Portfolios anzuerkennen.

Wer sich nach dem Bachelor mit einem Master weiterqualifizieren möchte, muss dafür die uneingeschränkte Möglichkeit haben, an einer frei gewählten Hochschule zu studieren. Deshalb besteht die Juso-HSG Göttingen auf einen Rechtsanspruch für alle auf einen Masterplatz. Hier gilt es, die Anerkennung der Bachelor-Abschlüsse an allen Hochschulen voranzutreiben. Kontingentierung, Zulassungstests und Extragebühren für Master-Studiengänge lehnen wir kategorisch ab. Besonders die an der Universität eingeführten Motivationsgespräche zur Studieneignung stehen unseren Vorstellungen entgegen und sind aus psychologisch-selektiven Aspekten äußerst fragwürdig. Wir fordern freien Zugang zum Master für die Studierenden statt Selektion beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium.

III. Höhere Löhne und mehr Mitbestimmung - für faire Arbeitsbedingungen!

Verschiedenste Studien ergaben, dass eine Vielzahl der Studierenden auf eine zusätzliche Einkommensquelle angewiesen sind – denn BAföG und Unterstützung durch die Eltern, sofern die Studierenden diese Förderung überhaupt erhalten, reichen häufig nicht aus. Daher müssen viele Studierende parallel zum Studium arbeiten. Während die Lebenshaltungskosten kontinuierlich steigen, befinden sich die Löhne trotz Erhöhungen auf einem viel zu niedrigen Niveau – auch an unserer Hochschule.

Auch die Arbeitsbedingungen stellen sich für viele Studierende problematisch dar, weil Arbeitgebende geltendes Recht (z.B. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsansprüche usw.) missachten. Durch die Verschulung und den gestiegenen Leistungsdruck, insbesondere durch Anwesenheitspflichten, ist vielen Studierenden die Möglichkeit genommen worden, ihre schlechte finanzielle Situation zu verbessern. Diese Problematik stellt besonders für Studierende mit Kindern eine große Belastung dar.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert daher, die Studiengänge weiter zu flexibilisieren, Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Löhne deutlich anzuheben, damit eine unabhängige

Selbstfinanzierung keinen Widerspruch zu einem Vollzeitstudium darstellt. BAföG- und Kindergeld-Freibetragsgrenzen sollten deutlich angehoben werden. Außerdem fordern wir faire Arbeitsbedingungen und –löhne an der Hochschule wie auch in allen Arbeitsbereichen!

Ein reibungsloser Ablauf des Forschungs- und Lehrbetriebes, wie auch der stetig steigende Verwaltungsaufwand, ist an den Hochschulen ohne studentische Hilfskräfte nicht zu bewerkstelligen. Deshalb fordert die Juso-Hochschulgruppe Göttingen eine weitere massive Lohnerhöhung und eine Anerkennung der durch Studierende geleisteten Arbeit innerhalb der Universität sowie einen bundesweit geltenden Tarifvertrag für alle Hochschulen. Orientierung für die bundesweite Entlohnung studentischer Hilfskräfte soll dabei Spitzenreiter Berlin (10,98 €/ Std.) geben. In diesem Tarifvertrag muss auch die studentische Mitbestimmung durch eigene Personalräte festgeschrieben werden. In diesem Zusammenhang unterstützen wir auch die Forderungen des Templiner Manifests der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Desweiteren müssen mehr studentische Hilfskräfte, auch zur Entlastung des Mittelbaus und der ProfessorInnen, eingestellt werden.

IV. Diskriminierung bekämpfen - Gleichstellung Aller leben!

Solange das von der Gesellschaft zugeschriebene Geschlecht sowie Fragen der sexuellen Orientierung immer noch Auswirkungen unter anderem auf berufliche und finanzielle Absicherung haben, kann das Thema Gleichstellung nicht zu den Akten gelegt werden. Auch an der Universität Göttingen ist Gleichstellung noch bei Weitem nicht verwirklicht. Dies zeigt sich besonders daran, dass bei Dissertationen bis hin zu Habilitationen der Anteil von Frauen stetig abnimmt und letztendlich der Anteil weiblicher Professorinnen uniweit immer noch bei unter 20 Prozent liegt. Dieser Zustand darf nicht als gegeben gesehen werden. Wir sprechen uns nicht für Frauenförderung aus, sondern sowohl für eine Anerkennung als auch eine gleiche Berücksichtigung und Repräsentation aller Geschlechter.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen setzt sich aktiv dafür ein, dass strukturelle Hürden abgebaut und die Durchlässigkeit in die höchsten beruflichen Ebenen der Universität erleichtert werden. In diesem Zusammenhang werden wir für einen sensiblen Umgang mit diesen Themen in den entsprechenden Berufungskommissionen und Einstellungsgesprächen eintreten. Das impliziert auch uniweit eine gendergerechte Sprache und Schreibweise, wofür sich die Juso-HSG im kommenden Jahr massiv einsetzen wird. Bei jeglichen Personalfragen muss der Aspekt der Gendergerechtigkeit berücksichtigt werden. Damit diese Fragen an der Universität eine zentralere Stellung erhalten, wollen wir in Podiumsdiskussionen, Vorträgen oder ähnlichen Veranstaltungen weiter zu diesem Thema arbeiten.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen als Teil eines feministischen und emanzipatorischen Richtungsverbandes fordert darüber hinaus eine Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten an allen Fakultäten. Diese müssen in das alltägliche Fakultätsleben integriert sein und aktive Mitbestimmungsrechte erhalten. Eine gute Bezahlung sowie Weiterbildungsmaßnahmen sind unverzichtbar und sollten selbstverständlich sein.

Jegliche Art von Diskriminierung, egal ob physisch oder psychisch, muss verhindert werden. Neben

professionellen Gleichstellungsbeauftragten befürworten wir eine Schaffung bzw. Stärkung von studentischen AnsprechpartnerInnen. Zudem gilt es, entschieden und gemeinsam reaktionäre Kräfte zu enttarnen, die sich der Gleichstellung widersetzen.

Gleichstellung beinhaltet auch die gleichberechtigte Anerkennung aller sexuellen Identitäten. Homosexualität, Bisexualität, Transgender, Intersexualität oder Asexualität müssen in der Gesellschaft als Formen des Lebens akzeptiert werden. Daher begrüßen wir die Arbeit der Queeren Hochschulgruppe in Göttingen und haben ein Gender-Referat im AStA etabliert

V. Ehrenamt stärken - Engagement ermöglichen!

Ehrenamtliche Arbeit ist elementarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Die Juso Hochschulgruppe Göttingen fordert deshalb eine stärkere Anerkennung des sozialen und politischen Engagements. Insbesondere innerhalb der Hochschulen muss für dieses Engagement ein adäquater Rahmen geschaffen werden. Das Engagement muss unabhängig und frei von Hochschulvorgaben wählbar sein und durch die Vergabe von Credits eine höhere Wertschätzung erfahren. Als Positivbeispiel ist hier die Sozialwissenschaftliche Fakultät zu nennen. Die Juso-HSG hat sich in der Studierendenkommission maßgeblich dafür eingesetzt, dass es zum einen möglich ist, die Bachelornote durch ehrenamtliches Engagement um 0,125 Noten zu verbessern. Zum anderen bietet die Prüfungsordnung des kommenden Mono-BA Politikwissenschaft die Möglichkeit, politisches Engagement in Höhe von 10 Credits anzuerkennen. Der Einsatz in ehrenamtlichen Tätigkeiten darf nicht semesterbeschränkt sein, sondern muss kontinuierlich ermöglicht werden.
Unbedingt wird sich die Juso-HSG auch dafür einsetzen, dass die Behinderung von Engagement durch die restriktive Bafög-Vergabe geändert wird. Die HSG wird die Verweigerungen von BAföG-Zahlungen aufgrund verlängerter Studienzeit, die mit ehrenamtlichem Engagement einhergeht, nicht akzeptieren.

VI. Rechten Ideologien gemeinsam und entschlossen entgegentreten!

Latenter und aktiver Neofachismus ist kein Randproblem und darf keinesfalls marginalisiert werden. Auch der populären Behauptung, dass Antisemitismus und Neofaschismus ein Problem bildungsferner Schichten oder das der neuen Bundesländer wären, treten wir entschieden entgegen! Rassismus ist in allen Gesellschaftsschichten verankert und darf nicht ignoriert oder gar durch meinungsprägende Personen in der Öffentlichkeit geschürt werden.

Auch in Göttingen sind rechte Strukturen vorhanden. Im Dezember 2011 beschmierten Unbekannte das Gebäude der Physik und einen Bus der Geographie mit Hakenkreuzen. Die Juso-Hochschulgruppe sieht sich veranlasst, sich noch stärker aktiv dem Kampf gegen den Faschismus zu widmen. Auf der Straße stellten wir uns den neofaschistischen Menschen entgegen.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert weiterhin die aktive Bekämpfung rechtsradikalen Gedankengutes innerhalb und außerhalb der Universität. Darum treten wir gemeinsam, partei- und hochschulgruppenübergreifend sowohl im „Bündnis gegen Rechts“ als auch im „Aktionsbündnis Naziaufmärsche stoppen“ rechtsradikalen Tendenzen, auch rechten Burschenschaften und

Verbindungen, entschlossen entgegen. Auch tolerieren wir nicht, dass die „Initiative Göttinger Verbindungsstudenten (IGV)“ versucht, Verbindungen wieder salonfähig zu machen. Wir waren entsetzt, als wir hörten, dass mindestens ein Göttinger SPD-Mitglied sich in der IGV engagiert hat. Wir verweigern jegliche Zusammenarbeit mit diesem Menschen. Das zeigt, dass wir sowohl neuen rechten Strömungen gemeinsam unerschrocken entgegentreten müssen, als auch unsere Verantwortung wahrnehmen, die Vergangenheit – auch die der Uni Göttingen – im Bewusstsein zu erhalten. Dadurch wollen wir einen Beitrag zur Erhaltung der Demokratie leisten.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen versteht sich als Ansprechpartnerin für Betroffene. Wir werden nicht wegschauen, sondern Vorfälle öffentlich verfolgen und anprangern sowie aktiv die Bildungs- und Aufklärungsarbeit an der Uni und darüber hinaus mitgestalten. Rechtsradikalismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen und muss als solches bekämpft werden!

VII. Abschaffung aller Bildungsgebühren - für eine sozial gerechte Hochschulbildung!

Bildungsgebühren sind unsozial! Sie verschärfen die soziale Selektion und die Benachteiligung finanzschwacher Gruppen in unserem Bildungssystem. Die Studie des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) behauptet, dass die Studierneigung nicht durch Bildungsgebühren gemindert wird. Doch genau das ist der Fall.
Die durch Studiengebühren verursachten finanziellen Schwierigkeiten schrecken junge Hochschulzugangsberechtigte aus sozial schwächeren Familien ab, sich an einer Hochschule zu immatrikulieren. Entgegen der Meinung des niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK), das Studiengebühren in Niedersachsen durch Studienkredite und Stipendien für besonders „sozialverträglich“ hält, lehnen wir Studiengebühren - egal in welcher Form – als sozial unverträglich ab. Auch die Härtefallregelung Niedersachsens (Zinsbefreiung bei Studienkrediten ab zwei studierenden Geschwistern) kann die Kritik nicht entkräften. Die finanzielle Hürde der Studiengebühren wirkt eindeutig als Filter der sozialen Selektion im Bildungswesen. So sieht ein offener Zugang für alle sicherlich nicht aus!

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert gemeinsam mit ihrem Bundesverband und den Jusos die sofortige Abschaffung sämtlicher Bildungsgebühren in jeglicher Form. Gemeinsam mit der LandesAstenKonferenz sammelten wir dafür Unterschriften und unterstützen jegliche Aktionen, die auf die Abschaffung von Bildungsgebühren abzielen. Wir fordern, dass der Staat nicht nur den Wegfall der Studiengebühren ausgleicht, sondern auch die allgemeine finanzielle Ausstattung der Hochschulen sicherstellt und wesentlich verbessert.

Verwendung muss demokratisch, transparent und sinnvoll sein!

Solange Gebühren aber noch erhoben werden, fordern wir weiterhin eine stärkere Einbindung der Studierendenschaft bei der Verwendung der Gelder mit größtmöglicher Transparenz bei der Mittelvergabe. Gerade das jetzt im Bau befindliche Lern- und Studienzentrum beweist einmal mehr,

dass die Beteiligung und Information der Studierendenschaft beim Verfahren unzureichend ist und dringend verbessert werden muss.

Die Juso-HSG wendet sich gegen das Letztentscheidungsrecht für die Verwendung der Studiengebühren durch das Präsidium. Außerdem fordern wir, dass die im Verfahren beteiligte „erweiterte zentrale Kommission für Lehre und Studium“ (zKLS+) öffentlich tagt, sowie in diesem Gremium die finale Vergabe entschieden wird.

Wir fordern außerdem eine demokratische Legitimation der Studiengebührenverwendung ab einer bestimmten Höhe, um den Rückhalt der Studierendenschaft für die konkrete Maßnahme sicherzustellen – hierfür fordern wir auch Urabstimmungen zu studiengebührenfinanzierten Großprojekten.

Auch setzt sich die Juso-HSG weiterhin dafür ein, dass gezahlte Studiengebühren wieder an die Studierenden zurück fließen können. Dies wollen wir unter anderem dadurch erreichen, dass das von uns entwickelte und an der sozialwissenschaftlichen, theologischen, chemischen, philosophischen und in Teilen der biologischen Fakultät erprobte Konzept der Buchgutscheine an allen Fakultäten eingeführt wird.

VIII. Ein Studentenwerk für alle – für ein soziales und kulturelles Miteinander!

Mit einer sozialen Verantwortung ausgestattet, gehört das Studentenwerk zu einem unverzichtbaren Teil eines finanzierbaren Studiums. Es sichert faire Mieten und bezahlbares Essen. Gleichzeitig trägt es durch kulturelle Veranstaltungen zu einem abwechslungsreicheren Leben am Campus bei. Durch Beratungsangebote im sozialen und psychologischen Bereich ist es zeitgleich nah an den Studierenden. Im vergangenen Jahr hat die Juso-Hochschulgruppe Göttingen aktiv am Erhalt und der Verbesserung dieser Angebote mitgewirkt und stellt auch für das kommende Jahr jeweils zwei Mitglieder in Vorstand und Stiftungsrat des Studentenwerks. Trotz des im bundesweiten Vergleich positiv auffallenden Angebots des Göttinger Studentenwerks muss eine stetige Verbesserung erreicht werden.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen kämpft weiterhin für gutes Essen zu fairen Preisen und fordert angesichts der anhaltenden Wohnungsnot vom Studentenwerk mehr bezahlbaren Wohnraum. Es muss unbedingt mehr Druck auf die Landesregierung ausgeübt werden, die durch seit langem sinkende Zuschüsse ihrer Finanzierungsverantwortung nicht mehr gerecht wird. Darüber hinaus fordern wir alternative Warenangebote, wie beispielsweise das Angebot des veganen Essens. Des Weiteren fordern wir den verstärkten Einkauf von regionalen Produkten sowie fair trade- und Bio-Produkten. Gerade in der Mensa am Nordbereich sollte das Angebot orientiert an den Bedürfnissen der Studierenden ausgeweitet werden.

Beratungsangebote sollen auch in Zukunft umfassend zur Verfügung stehen und auch das Kulturangebot, das einen wichtigen Beitrag für das soziale Leben der Studierenden leistet, muss erhalten und ausgebaut werden. Nicht zuletzt muss auch das Studentenwerk bestrebt sein, eine

umweltfreundliche und nachhaltige Ressourcenpolitik zu betreiben ohne die Studierenden hierfür übermäßig finanziell zu belasten.

Auch das Kita-Angebot ist unverzichtbar und trägt dazu bei, ein Studium mit Kindern zu ermöglichen. Auch hier müssen die Angebote massiv ausgebaut werden – damit alle, die es wünschen, einen Kita-Platz bekommen können.

IX. Für eine bessere und gezieltere Beratung – Angebote ausbauen!

Beständig steigt sowohl in den neuen, als auch in den auslaufenden Studiengängen die Nachfrage nach Beratungsangeboten in diversen Lebensbereichen seitens der Studierenden.

Um diesem zu begegnen, hat die Juso-Hochschulgruppe an einer Ausweitung des Beratungsangebotes mitgewirkt. Jene des Sozialreferats wurden verbessert sowie auch auf dem Nordcampus realisiert. Dabei ermöglicht das Sozialreferat nicht nur eine von-Studi-zu-Studi-Beratung, sondern auch eine Stärkung des sozialen Miteinanders durch Kinderfeste oder Spieleabende. Bezüglich der professionellen psychologischen Betreuung setzte sich die HSG für eine personelle Aufstockung der einzelnen Beratungsstellen sowie deren langfristig gesicherte Finanzierung und Vernetzung ein. Da ohne eine umfangreiche Beratung der Studierenden ein Studium heutzutage kaum zu bewältigen ist, sprechen wir uns für eine individuell gehandhabte und ausgeweitete Vergabe der momentan sehr restriktiven Stundenbegrenzung aus. Eine ausschließliche Finanzierung der Beratung aus Studiengebühren würde daher den Tatbestand der Substitution erfüllen und ist abzulehnen.

Auch für einen Ausbau der Beratungsstellen im Studentenwerk (Sozialdienst, Psychosoziale Beratungsstelle etc.) setzen wir uns ein. Hierfür muss vor allem das Land mehr Verantwortung übernehmen.

Für spezielle Lebenslagen (Studium mit Kind, Pflegefälle etc.) von Studierenden muss es gezielte Betreuungs- und Beratungsangebote geben. Dieses muss selbstverständlich auch für den Nordcampus gelten.

X. Demokratie an der Hochschule stärken!

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert die Mitbestimmung der Studierenden an den Hochschulen auszubauen, was eine Stärkung der studentischen Vertretungen in allen Gremien und auf allen Ebenen zum Ziel haben muss. Deswegen fordern wir endlich die uneingeschränkte Einführung einer paritätischen Besetzung aller universitären Statusgruppen in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung. Es gilt wieder eine Diskussionskultur zu etablieren. Darunter verstehen wir auch einen massiven Ausbau der Mitbestimmung in Personal-, Finanz-, Verwaltungs- und Entwicklungsfragen durch studentische Organe. Die Akkreditierung von Studiengängen sowie deren inhaltliche und formale Ausgestaltung kann ohne aktive Mitbestimmung seitens der Studierenden nur scheitern.

XI. Stipendienprogramm beenden – BAföG erhöhen!

Für viele Studierende ist das BAföG ein elementar wichtiger Bestandteil zur Finanzierung des eigenen Studiums. Nur die wenigsten erhalten den vollen Betrag. Zu viele Studierende fallen durch das Raster der BAföG-Vergabe. Ihre Eltern verdienen zu viel für die Berechtigung, aber eben auch zu wenig, um eine ausreichende Unterstützung bieten zu können. Dass viele durch die unsichere finanzielle Lage nebenbei arbeiten müssen, wird regelmäßig ausgeblendet. Von Studierenden wird jedoch erwartet, dass sie schnell, unbelastet und mit Engagement studieren und mit herausragenden Noten abschließen.

Die Juso-Hochschulgruppen kämpfen seit langem für eine Weiterentwicklung des BAföG hin zu einer flexiblen, bedarfsdeckenden, eltern- und altersunabhängigen Studienfinanzierung. Auch nach 40 Jahren BAföG ist die soziale Herkunft immer noch die entscheidende Determinante für den Bildungserfolg. Außerdem müssen endlich ständige Anpassungen an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten gesetzlich festgeschrieben werden.

Das neu eingeführte Deutschlandstipendium ist ein selektives Elitenförderungsinstrument und wird daher von uns abgelehnt. Das Geld, das für den weiteren Ausbau dieser Stipendien in den nächsten Jahren benötigt werden würde, muss stattdessen in die Weiterentwicklung des BAföG investiert werden, um eine breite Masse an Studierenden zu unterstützen, und nicht nur einige wenige.

XII. Gegen Wettbewerb und Kommerzialisierung von Bildung – für eine selbstbestimmte Bildung!

In den vergangenen Jahren ist die Herausbildung der Ellenbogengesellschaft, bei der nicht der Mensch, sondern nur die von ihm erbrachte Leistung zählt, zu beobachten. Mit der Entstaatlichung der Hochschulen hat sich dieser Prozess der marktkonformen Unterdrückung auch auf das Bildungswesen übertragen. Der Kreuzzug der Ökonomie gegen eine unabhängige Wissenschaft und selbstbestimmte Bildung unter dem Deckmantel vermeintlicher Effizienz im neoliberalen Sinne ist eine Pervertierung des Bildungsbegriffes. Die Ökonomisierung und Uniformierung des Bildungswesens läuft dem Anspruch einer breit gefächerten und für die Demokratie existenziellen Bildung entgegen. Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen kämpft für freie Bildung! Das beinhaltet für uns einen freien Zugang zur Hochschule für alle – und zwar lebenslang, kostenlos und frei von Diskriminierung. Wir fordern die sofortige Abschaffung aller Bildungsgebühren und der leistungsorientierten Mittelvergabe. Weiterhin setzen wir uns für flexible Prüfungsordnungen und ein Studium frei von Zeit- und Leistungsdruck ein. Wir fordern eine forschungsorientierte Lehre und lehnen die Trennung von Forschung und Lehre ab.

XIII. Abwechslungsreiche Kulturangebote am Campus und in der Stadt weiterhin fördern!

Studieren bedeutet für uns nicht nur reine Wissensanhäufung in eingeschränkten Fachbereichen, sondern zusätzlich die Ausgestaltung einer eigenen kritischen Persönlichkeit. Die Universität ist nicht nur ein Raum zum Lernen, sondern auch ein kultureller Raum. Wir wollen diesen aktiv mitgestalten.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen setzt sich für mehr Kulturarbeit auf dem Campus ein, welche vom

derzeitigen AStA bereits stark gefördert wurde. Wir unterstützen ein breit gefächertes Kulturangebot – von Studierenden und dem Studentenwerk organisiert als auch in der Stadt– das vielfältige und alternative Veranstaltungen mit einbezieht. Von Partys und Konzerten, Lesungen, der Open-Uni, über breit gefächerte Aufklärungsveranstaltungen, bis hin zu politischen oder aktuell in der Wissenschaft diskutierten Entwicklungen, wollen wir diese zum alltäglichen Bestandteil des Unilebens machen.

Das vom AStA initiierte Kultur-Semesterticket soll dazu beitragen, dass Menschen in der Uni und in der Stadt kulturelle Angebote zu erschwinglichen Preisen wahrnehmen können und somit möglichst viele Erfahrungen vom Studienort mitnehmen können.
Außerdem wollen wir daran mitwirken, dass Göttingen nicht das städtische Kulturangebot und somit eine Lebensbereicherung einschränkt und kürzt, um den städtischen Haushalt zu sanieren. Wir beschäftigen uns kritisch mit dem Zukunftsvertrag, der auch uns als Studierende der Stadt Göttingen um ein vielfältiges Angebot berauben würde.

XIV. Umwelt schützen – Nachhaltige Ressourcenpolitik umsetzen!

Ressourcenschutz und der nachhaltige und verantwortungsvolle Umgang mit Energie muss in den Köpfen der Studierenden, Mitarbeitenden und Dozierenden präsent sein. Auch die Uni ist verpflichtet, die Umwelt zu schützen.

Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen begrüßt die zukünftige Umstellung der Universität auf Erneuerbare Energien und fordert den weiteren Ausbau dieser. Wir begrüßen außerdem, dass in näherer Zukunft Kraft-Wärme-Kopplungs-Technik eingesetzt werden soll.
Wir sind grundsätzlich gegen Atomkraft und haben uns deshalb auch an verschiedenen Veranstaltungen gegen Atomkraft beteiligt.
Wir sprechen uns des Weiteren gegen eine Verbauung der letzten Grünflächen an der Universität aus und fordern darüber hinaus eine weitere Begrünung des Universitätsgeländes.
Die Juso- Hochschulgruppe Göttingen fordert von der Universität einen sparsamen Umgang mit Energie, Wasser und Papier. Es ist unverantwortlich, dass weiterhin unnötig Licht brennt und sich niemand für den sorgfältigen Umgang mit Papier zuständig fühlt. Wir fordern die Umstellung auf Öko-Papier an der gesamten Universität.
Wir setzen uns dafür ein, dass jedeR Einzelne seinen Beitrag zum Umweltschutz an dieser Universität und darüber hinaus leistet.

XV. Für eine verantwortungsvolle Hochschulfinanzierung!

Noch immer verlassen sich der Bund sowie das Land Niedersachsen auf die ergänzende Hochschulfinanzierung durch Studiengebühren und die Einwerbung von Drittmitteln seitens der Hochschulen.
Es gilt, die Bundesregierung und das Land Niedersachsen wieder in die Pflicht zu nehmen. Die Juso-Hochschulgruppe Göttingen fordert eine von der Wirtschaft und finanziellen Eigenleistungen unabhängige Hochschule. Bildung als Investition in die Zukunft darf nicht privatisiert werden! Es gilt eine flächendeckende Hochschulfinanzierung mit breitem Bildungsangebot zu etablieren, um so eine

„Zwei-Klassen-Bildung“ zu verhindern. Den föderalen Flickenteppich in seiner jetzigen Konstitution lehnen wir ab und fordern eine deutschlandweite einheitliche Konzeption, welche sicherstellt, dass Deutschland als Wissensgesellschaft weiterhin im internationalen Vergleich bestehen kann. Bildung für alle, und zwar umsonst!

XVI. Daten schützen – Privatsphäre wahren!

Datenschutz ist in Zeiten fast uneingeschränkter Kommunikations- und Datenweitergabe ein nicht nur sensibles, sondern auch ein extrem wichtiges Thema. Ein fahrlässiger Umgang mit persönlichen Daten von Institutionen und Personen kann weitreichende Konsequenzen für die Demokratie und die persönliche Freiheit haben. Hierbei reden wir auf der einen Seite von Dauerwerbung und Profilerstellung durch die Wirtschaft und auf der anderen Seite von der Entwicklung des in den Medien angeprangerten „gläsernen Bürgers“, z.B. durch die zunehmende Datenerfassung durch den Staat.

Die Juso-Hochschulgruppe fordert, dass die zwangsweise Erhebung von persönlichen Daten auf das Nötigste reduziert wird. Eine Überprüfung dieser erhobenen Daten muss offline möglich sein.
Darüber hinaus muss es für Studierende und anderen der Universität zugehörigen Personen eine kontinuierliche Information über die durch die Universität und das Studentenwerk erfassten Daten geben. Hierzu sollte mindestens jährlich ein Datenbrief versandt werden.
Ebenso müssen alle Prozesse im Rahmen des Chipkartengebrauchs transparent sein. Hierzu zählt auch eine Aufklärung der Verfahren, die in diesem Zusammenhang verwendet werden. Eine Chipkarten-unabhängige Barzahlung muss überall zwingend weiterhin gewährleistet werden.
Vor allem wird von der Universität und all ihren Organen die konsequente Einhaltung bestehender Datenschutz-Richtlinien gefordert. Hierzu sollten regelmäßige Datenschutzbelehrungen auf allen Ebenen eingeführt werden.

Jede Vorratsdatenspeicherung ist abzulehnen, da eine solche einer Generalverdächtigung aller Betroffenen gleichkommt. Auch Überwachungskameras dürfen am Campus und in der Stadt nicht der Aufzeichnung von Daten dienen. Die Datenschutzbeauftragten sollen zur Überprüfung der Datenschutzvorschriften großzügig befugt und zur Rechenschaft gegenüber der Gesellschaft verpflichtet werden. Studierende sollen für die Problematik des Umgangs mit Daten sensibilisiert werden. Da jede und jeder in erster Linie für seine Daten selber verantwortlich ist, muss auf diese Verantwortung konsequent und regelmäßig hingewiesen werden.

XVII. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – auch auf Bundesebene!

Die Juso-HSG Göttingen bringt sich aktiv in die landes- und bundesweite Vernetzung der Hochschulgruppen ein. Neben der Koordinierung der niedersächsischen Hochschulgruppen, wird sie durch zwei Vertreterinnen im Bundesvorstand repräsentiert. Auf diese Weise ist sie maßgeblich an der programmatischen und realpolitischen Gestaltung des Bundesverbandes beteiligt, was auch Einfluss auf die Entwicklung der SPD hat.